



## Familien steuerlich stärken

### Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenpflege

Familien leisten jeden Tag Großartiges – für die eigenen Familienangehörigen, wie für unsere Gesellschaft! Eltern sind unersetzbar für ihre Kinder. Ihre Zeit und Zuwendung schaffen Bindung und Mut für das ganze Leben. Auch machen Kinder ihre ersten, entscheidenden Lernerfahrungen in der Familie. Doch Familie läuft nicht von selbst.

Aus staatlicher Sicht gilt es, alle Eltern und Kinder dabei zu unterstützen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es für uns entscheidend, die Wahlfreiheit zu fördern. Gerade in den ersten Lebensjahren ihres Kindes und den letzten Lebensjahren ihrer nahen Angehörigen wollen sich viele Menschen mehr Zeit für ihre Liebsten nehmen. Wir wollen Familien dabei stärken. Manchmal hilft es dabei, Tätigkeit die auch gut von anderen übernommen werden können, auf Dritte zu übertragen. Dies setzt aus unserer Sicht eine verbesserte steuerliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen voraus. Dies beinhaltet sowohl die steuerliche Förderung der Betreuung von Kindern als auch von zu pflegenden Angehörigen.

Die Unionsfraktion will dazu einen steuerlichen Abzugsbetrag für sog. „familiennahe Dienstleistungen“ bis zu einer Höhe von 20 Prozent von maximal 25.000 Euro einführen, der die bisherige steuerliche Förderung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung und haushaltsnahe Dienstleistungen ersetzt und die steuerliche Berücksichtigung ausdehnt.

Außerdem einen steuerlichen Abzugsbetrag für die bisher als Sonderausgaben anerkannten Kinderbetreuungskosten in Höhe von 30 Prozent von maximal 6.000 Euro der Aufwendungen für die Betreuung oder Pflege eines nahen Angehörigen einführen und die steuerliche Berücksichtigung damit zu erweitern sowie den an den Pflegegrad gekoppelten Pflegepauschbetrag anzuheben.

Auch Großeltern will die CDU/CSU ermöglichen, familiennahe Dienstleistungen im Haushalt ihrer Kinder als steuerlichen Abzugsbetrag geltend zu machen, wenn sie die Kosten getragen haben, da insbesondere auch alleinerziehende Mütter und Väter nur mit der Unterstützung der eigenen Eltern die vielfältigen Aufgaben junger Eltern meistern.

Weiter will die Union die Steuerbefreiung für Leistungen des Arbeitgebers zur Angehörigenbetreuung auf Kinder bis zum 14. Lebensjahr und zu pflegende Angehörige auszudehnen, um einen Gleichlauf mit der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für familiennahe Dienstleistungen herzustellen und den 2024 geltenden Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum um 5,7 Prozent anzuheben und das Kindergeld für 2024 entsprechend anzuheben sowie die bis 2022 bestehende Stufung für kinderreiche Familien ab dem dritten und vierten Kind wieder einführen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



während der Energiekrise haben die Bundesminister Robert Habeck und Steffi Lemke zugesichert, einen Weiterbetrieb der Kernkraft in Deutschland ergebnisoffen prüfen zu wollen. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi

Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke strikt abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben vor Gericht die Herausgabe schließlich erzwungen.

Die Unterlagen lassen den Schluss zu, dass Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium in einer entscheidenden Frage unserer nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Politik entschieden haben. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien wurden von den führenden politischen Beamten bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Anscheinend gibt es ein grünes System, das Ideologie über die Interessen des Landes stellt. Inwieweit das in Kenntnis oder Unkenntnis oder gar auf Weisung oder mit Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat, gilt es zu klären.

Die Fachebenen der Ministerien zeigen in den Vermerken auf, unter welchen Voraussetzungen ein Weiterbetrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke möglich und mit der nuklearen Sicherheit verträglich gewesen wäre. Zugleich wies die Fachebene des Bundeswirtschaftsministeriums im März 2022 die wichtige Rolle der Kernkraft bei der Energiepreisentwicklung und der Versorgungssicherheit nach. Das sind fachliche Darstellungen, die die Bremsung des Energiepreises durch die Atomkraft bejahen und so in einem Gegensatz zu den öffentlichen Aussagen der beiden Minister stehen, die dies immer vehement verneint haben. Der Vorwurf, dass die Bundesregierung uns alle hinter die Fichte geführt hat, muss nun in einem Untersuchungsausschuss ordentlich und transparent aufgeklärt werden.

Es ist schon erstaunlich, wie gerade eine Partei, der die Transparenz des politischen Handelns angeblich doch immer so am Herzen lag, hier offenbar bemüht war, die Dinge maximal zu verschleiern.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

## Ampel muss endlich allgemeine Elementarschadenversicherung einführen



Die derzeitigen Hochwasser zeigen den dringenden Handlungsbedarf bei der Elementarschadenversicherung. Dazu der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Günter Krings MdB:

„Die Hochwasser in Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland zeigen den dringenden Handlungsbedarf in der Elementarschadenversicherung. In der Regel bedeutet ein Hochwasser den Ruin der Eigentümer. Derzeit ist nur die Hälfte der Gebäude in Deutschland gegen Naturgefahren ausreichend abgesichert. Die Union hat bereits im vergangenen Herbst ein Konzept für eine Reform der Elementarschadenversicherung vorgelegt, welches diese zum Regelfall in ganz Deutschland macht. Es nimmt die Versicherer in die Pflicht und schafft überzeugende Anreize, Gebäude gegen alle Naturgefahren abzusichern, wahrt aber gleichzeitig die Vertragsfreiheit.

Vor dem Hintergrund immer dramatischer werdender Hochwasserereignisse ist die Untätigkeit der Bundesregierung absolut unverstänlich und gefährlich. Ein fertiges Konzept der Union liegt vor. Die Ampel muss jetzt handeln. Wir brauchen eine allgemeine Elementarschadenversicherung für Deutschland.

Die Gängigkeit unseres Konzeptes wurde in der öffentlichen Anhörung im Frühjahr bestätigt. Neben der Erhöhung der Versicherungsquote bedarf es allerdings auch weiterhin großer Anstrengungen aller staatlichen Ebenen in der Klimafolgenanpassung.“

*Foto: Tobias Koch*

## Merz fordert härteres Vorgehen gegen Islamisten



CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz hat „harte Konsequenzen“ aus dem offenbar islamistisch motivierten Mordanschlag auf einen Polizisten in Mannheim gefordert. Merz bot der Bundesregierung an, in einer gemeinsamen „Kraftanstrengung“ den Islamismus in Deutschland zu bekämpfen. Zum Auftakt der Sitzungswoche des Bundestags kündigte er auch einen Untersuchungsausschuss zu der Frage an, weshalb die Regierung die letzten drei laufenden Kernkraftwerke 2023 inmitten der Energiekrise vom Netz genommen hat.

Zum Mordanschlag gegen den jungen Polizeibeamten in Mannheim forderte Merz einen „härteren Kampf gegen den Islamismus“, der immer radikaler werde. Der islamische Extremismus sei eine Herausforderung für die Demokratie und die Sicherheit im Land. Das zeige die steigende Zahl der Gewalttaten ebenso wie die Demonstrationen für die Einführung eines Kalifats.

Merz forderte erneut die Schließung des Islamischen Zentrums in Hamburg und die Abschiebung von ausreisepflichtigen Asylbewerbern in Länder wie Afghanistan und Syrien. Polizeibeamten müsse man in ihrem täglichen Kampf für die innere Sicherheit den Rücken stärken, forderte der Fraktionsvorsitzende.

*Foto: CDU/CSU-Fraktion*

### Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2024,  
07. Juni 2024

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ Vi.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck

## Arbeitszeit flexibilisieren – Mehr Freiheit für Beschäftigte und Familien

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Arbeitszeit flexibilisieren – Mehr Freiheit für Beschäftigte und Familien** wird in dieser Woche abschließend im Plenum beraten. Darin setzt sich die Unionsfraktion für eine deutliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Deutschland ein.

So kommen wir den Bedürfnissen der Beschäftigten nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege entgegen. Aktuell wird die Arbeitszeit durch das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) auf einen Acht-Stunden-Tag beschränkt, der auf bis zu zehn Stunden täglich ausgeweitet werden kann. Andere EU-Länder sind bereits weiter: Sie nutzen die Vorteile einer flexibleren, wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Wir fordern daher die Einführung einer wöchentlichen Arbeitszeitregelung, um mehr Flexibilität zu ermöglichen. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, die Arbeitszeiten – trotz entsprechender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag – flexibler zu gestalten und die Belastung für die Beschäftigten zu verringern.